

Posener Zeitung.

Preis und dachtigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streifend,
in Löbau bei Ph. Matthias.

Anno...en.
Annahme-Bureaus.
In: Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Danke & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Mr. 389.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzehnthalb für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Montag, 7. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliche S.

Berlin, 5. Juni. Der König hat geruht: den Geheimen Ober-Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Alfred Schulz zum Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Ministerial-Direktor zu ernennen, und den Geheimen Über-Bau-Räthen und vortragenden Räthen in demselben Ministerium, Bruno Schönsfelder und Heinrich Herrmann den Charakter als Über-Bau-Direktor mit dem Range eines Räthen erster Klasse, dem Kreisgerichts-Direktor z. D. Henrici in Neisse den Charakter als Geheimer Justizrat, und dem Kaufmann Robert Günzen zu Tiefenroth den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.

Dem Lehrer an der königlichen Akademie der bildenden Künste in Berlin, Bildhauer Kris Schaper ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. An der Realschule zum heiligen Geist in Breslau ist der ordentliche Lehrer Friederich Meyer zum Oberlehrer befördert worden. Berichtet sind: der Ober-Landesgerichts-Rath Dr. Ende in Jena in Altona als Landgerichts-Rath an das Landgericht dafelbst, der Amtsgerichts-Rath Krolikus in Berlin als Landgerichts-Rath an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Weiß in Norden an das Landgericht in Tielklenburg und der Amtsrichter Kühn in Margravburg an das Amtsgericht in Rügenwalde. Dem Amtsrichter Wolff in Canth ist behufs Uebertritts in den Dienst der Schlesischen Geometallandschaft die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilt. Der Erste Staatsanwalt Black in Meißen ist in den einstweiligen Ruhestand verlegt. — In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechts-Absessor Dr. Haendly bei dem Landgericht I. in Berlin, der Rechts-Absessor Stürtz bei dem Landgericht in Aachen, der Rechtsanwalt Bürlner bei dem Landgericht II. in Berlin und der Regierungs-Absessor a. D. Giersberg bei dem Landgericht in Saarbrücken. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Justiz-Rath Pohlmann in Gardelegen bei dem Amtsgericht dafelbst. Dem Notar Rechtsanwalt Geißler aus Lissa ist der Wohnsitz in Fraustadt angewiesen. Der Rechtsanwalt Reiche aus Neusalz, jetzt in Landsberg a. W. hat sein Amt als Notar niedergelegt. Der Kreisgerichts-Direktor z. D. Rucker aus Querfurt ist gestorben.

Dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Ministerial-Direktor Schulz ist die Stelle des Direktors der Abtheilung für die Verwaltung des Bauwesens im Ministerium der öffentlichen Arbeiten übertragen, und die Ober-Bau-Direktoren Schönsfelder und Herrmann mit der Leitung der technischen Geschäfte in der gedachten Ministerial-Abtheilung in der Weise betraut worden, daß dem rc. Schönfelder die Angelegenheiten des Ingenieurwesens, dem rc. Herrmann die des Hochbaues zufallen.

Politische Uebersicht.

Posen, 7. Juni.

Der Leser muß sich heute schon gefallen lassen, fast die ganze „Politische Uebersicht“ mit Erörterungen und Nachrichten über die kirchenpolitische Vorlage angefüllt zu sehen. Bis jetzt läßt sich aus dem Gange der Kommissionsverhandlungen beobachten, daß das Zentrum in seinem Herzen die Vorlage keineswegs als einen Schlag gegen Rom, sondern wirklich als einen ersten Schritt auf dem Wege nach Canossa auffaßt. Erwünscht wäre es dem Zentrum allerdings sehr, wenn ihm die Freikonservativen die Mühselwaltung, schließlich für die ganze Vorlage zu stimmen, abnehmen würden. Die Letzteren sind auch hierzu bereit, wenn in § 4, betreffs der Zurückberufung der Bischöfe, die Worte „unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums“ eingeschaltet werden. Die Rückberufung soll damit als Freikonservativen die Mühselwaltung, nicht als eine persönliche Maßnahme des Regierungshandlung, nicht als eine persönliche Maßnahme des Monarchen erscheinen. Die Konservativen dagegen wollen die Rückberufung schlechtweg als persönlichen Begnadigungsakt des Monarchen gesetzt wissen. Es kommt also viel darauf an, ob in diesem Punkte ein Kompromiß zu Stande kommt. Als Baugrund für Urtheile über den schließlichen Ausgang der Kommissionsberathungen dürfte sich das Vertrauen auf die Festigkeit der Freikonservativen freilich nicht empfehlen.

Die Kirchengesetz-Kommision setzte vorgestern die Berathung der Vorlage bei Art. 5 fort, der bei Ausübung bishöflicher Rechte und Verrichtungen Dispens von der eidlichen Verpflichtung auf Befolgung der Staatsgesetze und von dem Nachschluß der vorgeschriebenen persönlichen Eigenschaften durch Beleibung des Staatsministeriums eintreten lassen will. Gegen denselben spricht der Abg. Klosz. Abg. v. Ledlitz wiederholt zunächst im Allgemeinen die schon früher von den Freikonservativen hinsichtlich ihrer Anträge abgegebene Erklärung. Dem Art. 5 werden sie zustimmen und auf die Einbringung von Amendements zu demselben verzichten können. Abg. v. Bemigsen spricht zunächst ein spezielles Bedenken dagegen aus, daß der zweite Absatz des Art. 5 auch Dispensation von dem Erfordernisse des Indigenats gestatte. Was die im ersten Absatz gestattete Dispensation vom Erfordernisse des Eides betreffe, so wäre das, wenn es zum Gesetz erhoben würde, eine sehr weitgehende Konzession gegenüber der Kirche. Er glaube, eine solche Abstandnahme von der Bereidigung wäre der äußerste Punkt, bis zu welchem man könnte. Praktisch handle es sich bei dieser Frage wesentlich um die zuerst durch die königl. Verordnung vom 6. Dezbr. 1873 in den Bischöfseid aufgenommene und demnächst durch das Gesetz vom 20. Mai 1874 auch für die Bischöfseid vorgeschriebene eidliche Verpflichtung, die Gesetze des Staates zu beachten. Wenn wirklich bei den weiteren Verhandlungen gerade diese, in manchen anderen Staaten nicht

bestehende Form des Eides so ganz besondere Schwierigkeiten mache, so lege er derselben keinen Werth bei, um daran die Einigung scheitern zu lassen; um so weniger, als ja nach der Theorie und Praxis der katholischen Kirche in dieser Eidesform eine besondere Garantie für den Staat nicht liege, da sie ja die Eide, welche gegen kirchliche Vorschriften verstießen, für unverbindlich zu erklären beanspruche. Der Kultusminister erklärt in Bezug auf den 2. Absatz, die Staatsregierung werde, wenn man in denselben eine Kautel aufnehmen wolle, daß von dem Erfordernisse des Indigenats nicht dispensirt würde, einem solchen Ammendment nicht entgegentreten. Beim ersten Absatz hande es sich um die einfache Erwägung, daß bei der Bestellung von Bischöfseidern durch das Erfordernis der Vereidigung Personen, welche sehr geeignet wären, abgehalten werden würden, das Amt zu übernehmen. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die Abg. Brüel, v. Eym, Weber, Windthorst, Schmidt-Sagan, Reichenberger, Franz, Kieschke, v. Ledlitz und v. Schorlemer beteiligten, wird der Art. 5, unter Ablehnung der vom Abg. Brüel zu demselben gestellten Amendments, durch die Stimmen der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und des Abg. Gneist gegen die sechs Stimmen der Nationalliberalen und Fortschrittspartei angenommen; ebenso nach kurzer Verhandlung mit demselben Stimmenverhältnis der Art. 6 (Einleitung einer kommissarischen Vermögensverwaltung). Eine längere Debatte findet dagegen über Art. 7 statt, wonach die Wiederbesetzung erlebiger geistlicher Ämter durch den Präsentationsberechtigten und die Gemeinden fortan nur mit Ermächtigung des Oberpräsidenten stattfinden soll. Die Zentrumsmitglieder wollen den Artikel nur unter der Bedingung annehmen, daß statt der Worte „findet nur mit der Ermächtigung des Oberpräsidenten statt“ gesetzt werde „findet nicht ferner statt“. Da dieser Abänderungsantrag von den übrigen Mitgliedern abgelehnt wird, stimmen auch die Zentrumsmitglieder gegen Art. 7, und wird derselbe gegen die 9 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt: Zum Art. 8, welcher die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen für den Umsang eines Sprengels durch Beschlüß des Staatsministeriums für einzelne Empfangsberechtigte durch den Kultusminister widerruflich gestattet, bemerkt Abg. Windthorst, dieser Artikel charakterise die Tendenz der Vorlage in unangenehmer Weise; der Artikel schaffe einen Remunerationsfonds der schlimmsten Art, einen Korruptionsfonds. Er beantrage statt dessen zu setzen „das Gesetz vom 22. April 1875 tritt mit dem 1. Juli d. J. außer Wirksamkeit. Die nach § 9 dieses Gesetzes weiter zu treffenden gesetzlichen Bestimmungen bleiben vorbehalten“. In demselben Sinne sprechen die Abg. Franz und v. Schorlemer, während der Kultusminister die Staatsregierung gegen die Absicht der Korruption verwahrt. Abg. Brüel meint, über die Absicht der Korruption könne er nicht urtheilen, aber das wisse er, wenn angenommen, werde dieser Artikel ein Korruptionsmittel in höherem Grade sein, als das bisherige Gesetz. Er beantragt: 1) das Wort „widerruflich“ zu streichen, 2) die Worte „für einzelne Empfangsberechtigte“ durch Verfügung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten“ zu streichen. Die Anträge Windthorst und Brüel werden gegen die 6 Stimmen des Zentrums abgelehnt. Da nunmehr auch das Zentrum gegen den Art. 8 stimmt, wird derselbe gegen die 9 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt. Dagegen sind die Artikel, welche die Anstellungsbedingungen der Geistlichen neu regeln und die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen in Aussicht nehmen, vorläufig abgelehnt. — Was bisher von der Vorlage angenommen worden, wurde durch eine Majorität von Konservativen und Zentrum angenommen; meist, namentlich in dem entscheidenden Bischöfsparagraphen, gehörten auch die Freikonservativen zur Opposition. Der Gesetzentwurf, wie er aus der Mache der Konservativen und des Zentrums hervorgegangen, wird auch durch diese Majorität im Plenum angenommen werden müssen oder ganz scheitern. Die Haltung des Kultusministers hat bisher nicht erkennen lassen, daß er es verschmähe, aus der Hand einer klerikal-konservativen Majorität das Gesetz anzunehmen, oder sich bestrebe, eine andere Majorität an deren Stelle zu setzen. Das Bemühen der Konservativen ist offenbar allein darauf gerichtet, sich mit dem Zentrum zu verstündigen, und auch die Haltung des letzteren hat, trotz aller Kundgebungen der vatikanischen Presse, schwerlichemanden die Überzeugung einlösen können, daß das Zentrum unter allen Umständen schließlich das Gesetz verwirfeln werde. Die Partei hat vielleicht noch allerlei Forderungen im Rückhalt und wird damit herauskommen, wenn es sich noch klarer zeigt hat, daß das Gesetz nur mit ihrer Unterstützung oder gar nicht zu Stande kommt. Das Mindeste, was das Zentrum zum Zustandekommen des Gesetzes wird thun müssen, ist die Stimmenthaltung; dann könnten sich die beiden konservativen Fraktionen verstündigen und die Liberalen überstimmen. Das Zentrum hat das Schicksal des Gesetzentwurfs in der Hand, nachdem durch den bisherigen Gang der Verhandlungen jede Aussicht geschwunden ist, daß die Vorlage noch in eine den Nationalliberalen annehmbare Gestalt gebracht werden könne.“

Die Kirchenpolitische Kommission will der ersten Lesung noch am Montag und Dienstag je eine Sitzung widmen. Der Mittwoch soll für die Verhandlungen von Fraktion zu Fraktion frei bleiben, damit die Redaktion der Beschlüsse für die zweite Lesung vorbereitet werden und eventuell eine neue Majorität sich bilden kann. In drei Sitzungen (vom Donnerstag bis Sonnabend) hofft man dann die zweite Lesung zum Abschluß bringen zu können. Ob diese Hoffnung sich bewahrheitet wird, ist allerdings sehr fraglich, fraglicher noch, ob der zu erstattende schriftliche Bericht in der vorgesehenen Frist wird festgestellt und gedruckt sein können. Sollte das nicht angehen, so wird die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses, wie das „Berl. Tagbl.“ meint, nicht am 14. (Montag), sondern kaum vor dem 16. d. M. (Mittwoch) stattfinden.

In der ersten Sitzung der Kirchengesetz-Kommission hat ein Zwischenfall Aufsehen erregt, den man kurz mit der Marke „Fesuiten und Freimaurer“ versehen kann, und über den der „Wes. Ztg.“ von hier geschrieben wird: „Gegenüber dem Kultusminister, welcher das Al. 3 des 1. Artikels der Vorlage als eine notwendige Verstärkung des Jesuitengesetzes erklärt, äußerte der Abg. Windthorst, es sei ja jetzt Aussicht auf die Wiederkehr der Jesuiten vorhanden, da eine

